

Liebe Bremerinnen und Bremer,

liebe Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter,

liebe Aktivisten gegen Ausgrenzung, Rassismus und Extremismus,

liebe Gleich- und Andersdenkende,

liebe Besucherinnen und Besucher unserer 1. Mai-Demonstration,

liebe Jugendliche und Kinder,

ich freue mich, dass ich heute hier in Bremen bin, in dieser weltoffenen, toleranten und schönen Stadt, einer Stadt, die aufgrund ihrer Jahrhunderten Geschichte als Hansestadt, schon immer andere Länder, andere Kulturen und andere Meinungen, sofern sie denn nicht ausgrenzend sind, kennengelernt und akzeptiert hat. Und in ihr leben Menschen, die dies quasi mit der Muttermilch eingesogen haben. Nicht Gegeneinander hilft, sondern Miteinander ist wichtig.

Auch der Roland steht für Freiheitswillen und die Bremer Stadtmusikanten sind für mich ein Sinnbild der Hilfe, Unterstützung und Zusammenhalt.

Ich habe hier schon einmal vor vielen Tausend Menschen anlässlich der Tarifrunde der Länder gesprochen und freue mich es heute wieder tun zu dürfen. Nochmals herzlichen Dank für die Einladung hier nach Bremen.

Ich übermittele die besten Grüße des DGB und meiner Gewerkschaft, der GdP. Die Einzelgewerkschaften in der größten Solidargemeinschaft der Welt handeln Hand in Hand, diskutieren unterschiedliche Meinungen und Auffassungen, streiten um den besten Weg und treten gemeinsam auf.

Das hat uns stark gemacht, das stärkt die Rechte und Ansprüche der arbeitenden Menschen, der Menschen, die ohne Arbeit sind, der Menschen, die sich im Ruhestand befinden und der Menschen, die am Rande stehen und unsere Hilfe benötigen.

Daher sind der DGB und die Gewerkschaften so wichtig, es ist wichtiger denn je, sich für Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit einzusetzen. Nicht nur am 1. Mai, sondern jeden Tag.

Liebe Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wo wären wir denn, wenn in Gewerkschaften organisierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht ihre Stimme erhoben hätten, sie sich nicht gegen Ungerechtigkeit aufgelehnt hätten, sie dafür inhaftiert, gefoltert und umgebracht wurden.

Unser Land, unsere Gemeinschaft und unser Leben würden anders aussehen. Von daher können wir glücklich sein, in einer der besten Demokratien der Welt, in einem Land zu leben, wo Vielfalt, auch Meinungsvielfalt, Solidarität und Gerechtigkeit keine Fremdworte sind. Dass das so ist, dafür haben sich Menschen engagiert und machen dies auch weiterhin.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben das diesjährige Motto „**Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit**“ nicht ohne Grund gewählt: Wir sehen diese Werte nämlich bröckeln, von daher ist es wichtig sich damit auseinandersetzen.

Es gab schon immer populistische und ausgrenzende Sprüche einzelner Politiker und es gab auch immer schon nationale und rechtsradikale Organisationen.

Mit fallen da z.B. dümmlich Sprüche wie „Das Boot ist voll“ oder „Kinder statt Inder“ ein. Ganz zu schweigen von den dumpfen und widerlichen Parolen der Nazis und rechtsgesinnter Organisationen.

Nunmehr sind wir aber angelangt in einer Zeit, wo dies offensichtlich wieder hoffähig ist, sich abwertend und menschenverachtend zu äußern.

Mit der AFD ist keine Alternative in die Landes- und Kommunalparlamente sowie in den Bundestag eingezogen, sondern eine Organisation, die sich offen gegen Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit positioniert. Die Höckes, Storchs, Gaulands und wie sie alle heißen klittern Geschichte, stellen die Wirklichkeit falsch da und versuchen, unser weltoffenes und tolerantes Land eindimensional zu verändern.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften fordern daher alle klardenkenden Menschen dazu auf, nicht auf diese hohlen Phrasen hereinzufallen und sich aktiv und friedlich gegen diese Ausgrenzungen zu positionieren, liebe Anwesende.

Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität. Wir demonstrieren gegen Krieg und Intoleranz, Rassismus und Rechtspopulismus und wir demonstrieren für mehr Miteinander und Zusammenhalt.

Wir fordern die Politik auf, sich endlich daran zu machen, Ungerechtigkeiten wirklich zu bekämpfen, damit alle Menschen eine tatsächliche Alternative haben und viele nicht am unteren Existenzminimum landen und dort auch bleiben.

Wir brauchen endlich wirkliche Alternativen zu den eingefahrenen Ritualen. Es bringt nichts dauernd in Talkshows aufzutreten und sein Ego zu bespielen und wenn diese Politiker/-innen dann aus den Studios raus sind, die berechtigten Ansprüche der Menschen nicht in politisches Handeln umzusetzen.

Wir brauchen mehr Investitionen in Bildung, in Bekämpfung der Kinder- und Altersarmut sowie Langzeitarbeitslosigkeit, in soziale Sicherheit, in Pflege, Integration und auch gegen objektive und gefühlte Unsicherheit und für die Verbesserung der Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Viele Menschen sind allein gelassen oder fühlen sich allein gelassen, hier muss Politik ansetzen, damit man nicht unsensibel wird gegen Parolen. **Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit, darum muss es gehen!**

Die Große Koalition hat sich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einiges vorgenommen. Aber das reicht nicht. Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit, mehr solidarische Politik, mehr Förderung der Vielfalt.

Wir werden die Bundesregierung drängen, die politischen Weichen in die richtige Richtung zu stellen: Solidarität statt gesellschaftliche Spaltung und Ausgrenzung, klare Kante gegen Rassismus und extreme Rechte.

Wir wollen, dass niemand sich fragen muss, ob der Arbeitsplatz sicher ist, ob das Geld und später die Rente reichen.

Wir wollen, dass mehr Beschäftigte den Schutz von Tarifverträgen genießen, und mehr Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen.

Wir wollen ein gerechtes Steuersystem, mit dem eine solide Infrastruktur und bezahlbare Wohnungen finanziert werden, und einen öffentlichen Dienst, der seine Aufgaben gut erfüllen kann.

Wir wollen gute Bildung für alle Kinder. Sie haben ein Recht darauf. Rentnerinnen und Rentner sollen in Würde altern können.

Diese Koalition muss ihre Vorhaben bei der Pflege, bei der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, bei der sachgrundlosen Befristung, bei dem Rückkehrrecht auf Vollzeit, bei den Investitionen in Bildung, Wohnungen und Infrastruktur schnell und vollständig umsetzen. Das kann aber nur der erste Schritt sein.

Sie muss mutiger werden!

- Niedriglöhne, Mini- und Midijobs sind keine Perspektive für die Zukunft: Schluss damit! Sie gehören abgeschafft, nicht ausgeweitet! Die Schonzeit für die Arbeitgeber ist vorüber!
- Überstunden und Überlastung im öffentlichen Dienst gehören abgeschafft! Wir fordern mehr Personal!
- Finger weg vom Arbeitszeitgesetz – mehr Mitbestimmung der Beschäftigten bei ihrer Arbeitszeitplanung!
- Investiert endlich in bessere Bildung und Infrastruktur. Sofort!
- Eine Lohnlücke von 21 Prozent bei der Bezahlung von Frauen ist ungerecht. Beendet das!
- Arbeitgeber, die aus der Tarifbindung flüchten, verweigern gerechte Löhne. Verbiestet es ihnen!
- Reiche müssen mehr tragen als Arme – wir fordern ein gerechtes Steuersystem. Jetzt!
- Europa ist ein fantastisches und einzigartiges Projekt, es darf nicht scheitern. Stärkt ein soziales und solidarisches Europa!

Liebe Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen darauf achten, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nicht den Bach runtergeht und aktiv daran arbeiten, dass dies nicht geschieht.

Die etablierten Parteien dürfen den populistischen Plattitüden der AFD nicht auf den Leim gehen und dann selber Forderungen aufstellen, die verfassungsrechtlich bedenklich oder fragwürdig sind. Die GdP hat sich zum Beispiel zu dem neuen Polizeiaufgabengesetz in Bayern kritisch geäußert. Ebenso zu den von Seehofer favorisierten sogenannten ANKER-Zentren.

Wir werden diese kritische Sichtweise beibehalten, weil zum einen Verfassungsrecht nicht gebrochen werden darf, zum anderen aber auch, weil es wieder einmal die Polizei und die Ordnungsbehörden ausbaden müssen.

Es muss Schluss sein damit, dass man glaubt jeden Vorgang oder Vorfall mit neuen und härteren Gesetzen begegnen zu können. Neue Rechtsnormen, die durchaus erforderlich sein können, um den neuen Herausforderungen und Gefahren begegnen zu können, müssen verfassungsgerecht sein.

Und natürlich ist der Schutz von Rettungskräften, Feuerwehrleuten und Polizeibesetzten uns als Gewerkschaften und dem DGB wichtig. Er sollte aber allen Menschen wichtig sein.

Diejenigen, die unsere Werte, unsere Verfassung und unsere Sicherheit 24 Stunden am Tag und in der Nacht, 365 Tage im Jahr, teils mit ihrer Gesundheit oder ihrem Leben verteidigen, haben auch Schutz verdient. Die, die uns schützen, müssen auch geschützt werden.

Volker Weber, der Landesvorsitzende der IG BCE Hessen-Thüringen hat in der Mai-Ausgabe der GdP-Zeitung einen Beitrag geschrieben, daraus ein kurzes Zitat:

„Die Polizeibesetzten schützen nicht nur unseren Rechtsstaat sondern auch die Bürger. Der Dienst am Bürger ist die vornehmste Aufgabe unserer Kolleginnen und Kollegen. Dies haben sie gemeinsam mit Erziehern, Krankenpflegern, Feuerwehrleuten, Lehrern und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. Mit dem Schutz unseres Rechtsstaates schützen Polizistinnen und Polizisten auch die Grundlagen für eine freie und unabhängige gewerkschaftliche Tätigkeit. Das wissen wir und das schätzen wir.“ Zitat Ende.

Ich möchte mich in aller unser Namen bei den Helferinnen und Helfern bedanken, die heute Tausendfach in Hunderten Städten und an unzähligen Orten dafür sorgen, dass wir sicher und in Freiheit den 1. Mai begehen können und die kein „Frei“ haben. **Danke!**

Liebe Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Rosa Luxemburg hat einmal gesagt, „Freiheit ist die Freiheit des Andersdenkenden“...Recht hatte sie. Diesen Wert müssen wir uns bewahren, friedlich und ohne Gewalt diskutieren, unterschiedliche Standpunkte erörtern, Gegen Hass und Gewalt und Ungerechtigkeit weiter aktiv, aber friedlich, auf die Straße gehen und die Politik fordern.

Wir leben in einer schwierigen Zeit, aber wann war die Zeit schon einmal einfach?

Wir leben seit über 70 Jahren in Frieden, in anderen Ländern wie z.B. Syrien werden Menschen gefoltert, geschändet und umgebracht. Es ist doch logisch, dass es Menschen in Freiheit und Sicherheit zieht. Jeder von uns würde das versuchen. Millionen Deutsche haben es im 2. Weltkrieg gemacht und sind aufgenommen wurden.

Lassen wir nicht zu, dass Angst geschürt wird und mit Halb-, Unwahrheiten -oder neudeutsch Fake-News genannt- Politik gemacht wird.

Gehen wir alle im täglichen Leben mit Argumenten dagegen an, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Populismus.

Uns geht es sehr gut, wir können anderen Menschen helfen, ob in fernen Ländern oder hier bei uns. Wir sind ein reiches Land mit 80 Millionen frei lebenden Bürgerinnen und Bürgern.

Da ist es möglich Menschen, die aus welchen Gründen auch immer geflohen sind, eine Zeit Zuflucht und Geborgenheit zu geben oder sie hier in unsere Gemeinschaft zu integrieren. Es wird derzeit von 1 Million Zufluchtsuchenden gesprochen.

Letzte Woche war ich bei einer Veranstaltung, da hat ein schlauer Mensch gesagt: „Wenn 80 Menschen in einer Gastwirtschaft sind, dann wird sie nicht überfüllt, wenn ein Gast dazukommt!“

Wie ich finde ein sehr guter Vergleich.

Liebe Bremerinnen und Bremer, liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst uns weiter gemeinsam aufstehen für mehr Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Zusammenhalt und Miteinander sind wichtiger denn je!

Und, die Würde des Menschen ist unantastbar! Das gilt für alle Menschen auf dieser Welt!

Dafür lohnt es sich, sich stetig zu engagieren!

Danke, dass ihr alle hier wart und einen schönen 1. Mai weiterhin!